

ANTRAG

Bundesjugendwerkskonferenz 2026

*Antragsteller*in: LJW der AWO Sachsen-Anhalt e.V., LJW der Awo Sachsen, LJW der Awo Mecklenburg-Vorpommern, BJW der Awo Hannover e.V.*

Tagesordnungspunkt: 7.c. Weitere Anträge

A13: Die extreme Rechte im Blick behalten – Wissen aufbauen und handlungssicher für Demokratie und die Werte des Jugendwerkes einstehen

1 Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:

2 Das Bundesjugendwerk der AWO setzt sich zusammen mit seinen Untergliederungen ab
3 sofort systematisch und kontinuierlich mit den Aktivitäten und aktuellen
4 Entwicklungen der extremen Rechten in Deutschland auseinander, um die
5 Jugendwerke vor Ort in ihrer Arbeit zu beraten und zu stärken.

6 Der Vorstand und die Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes werden beauftragt,
7 das Thema „Die extreme Rechte im Blick behalten – Wissen aufbauen und
8 handlungssicher für Demokratie und die Werte des Jugendwerkes einstehen“ in den
9 nächsten Jahren als Querschnittsthema in die Arbeit des Bundesjugendwerkes zu
10 integrieren und dazu insbesondere die folgenden Punkte umzusetzen:

11 **1. Aufbau eines Informations- und Wissenspools**

12 Das Bundesjugendwerk baut einen Informations- und Wissenspool zu Hintergründen,
13 Entwicklungen und Akteur*innen, aber auch zum Umgang mit der extremen Rechten
14 auf. Dabei werden bestehende Angebote an Publikationen und sonstigen Materialien
15 von bewährten Kooperationspartner*innen genutzt und gebündelt. Im Fokus sollen
16 dabei Informationen, Publikationen, Best-Practice-Beispiele oder auch

17 Erfahrungsdokumentationen stehen, die jugendpolitisch relevant sind und die
18 pädagogische/ verbandliche Arbeit der Mitglieder unterstützen können. Beschlüsse

und Verfahrensbeispiele aus anderen Jugendverbänden, Jugendringen oder progressiven Akteur*innen sind dabei ebenso zu berücksichtigen.

2. Monitoring von landes- und bundespolitischen Entwicklungen

Das Bundesjugendwerk sammelt durch Recherche- und Analysearbeit Informationen zu Anfeindungen von Jugendverbänden, Trägern der Jugendhilfe sowie anderen progressiven Akteur*innen und ihrer Angebote durch Parteien oder Mandatsträger*innen der extremen Rechten auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene. Dabei sollen insbesondere Anträge auf finanzielle Kürzungen oder Streichungen im Fokus stehen. Die Ergebnisse werden dokumentiert. Der Vorstand berät über geeignete Unterstützungsangebote für betroffene Untergliederungen, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen.

3. Aufbau eines Austausch- und Beratungsangebots für die Mitgliedsorganisationen

Das Bundesjugendwerk entwickelt geeignete Austausch- und Beratungsangebote für ihre Untergliederungen, um bei Vorfällen von Anfeindungen oder erhöhten Aktivitäten von Gruppen der extremen Rechten in ihrem Wirkungsbereich, Unterstützung anbieten zu können. Dabei werden auch Verfahren der Verweisberatung genutzt. Außerdem wird das Themenfeld in Fort- und Weiterbildungsangebote aufgenommen.

4. Bildungsarbeit im Jugendwerk stärken und bündeln

Das Bundesjugendwerk der AWO schafft zeitnah einen Austauschpool, in dem schon vorhandene Konzepte und Materialien von Jugendwerken und/oder deren Kooperationspartner*innen

- für Workshops zur politischen Bildung und Demokratieförderung,
- zur Gedenkstättenpädagogik und Gedenkstättenfahrten,
- zur Antirassismuserbeit,
- für Partizipationsprozesse,
- für Planspiele
- zur rassismuskritischen und diskriminierungsfreien Bildungsarbeit

- zu U-18 Wahlen

gesammelt werden und auf den alle Jugendwerke vor Ort Zugriff erhalten.

Der Vorstand und die Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes nutzen die vorhandenen oder entwickeln ggf. neue Veranstaltungen, um einen aktiven Austausch zu allen genannten Punkten für alle Ehren- und Hauptamtlichen im Jugendwerk zu organisieren, die Themen und Bildungsangebote weiterzuentwickeln, sowie um die Untergliederungen regelmäßig aktiv zu informieren.

Begründung in einfacher Sprache

In den letzten Jahren finden immer mehr junge Menschen rechtsextreme und rechtspopulistische Ideen gut. Das passiert nicht nur in Ostdeutschland. Auch bei Wahlen im März 2026 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hat die AfD bei jungen Menschen zwischen 16 und 24 Jahren fast 20 Prozent bekommen. Insgesamt hat sich das Ergebnis der AfD in ganz Deutschland in nur fünf Jahren verdoppelt.

Die meisten jungen Menschen wählen demokratische Parteien. Aber in vielen Regionen war die AfD bei dieser Wahl die stärkste Partei. Bei den nächsten Wahlen im September 2026 könnten sie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sogar über 30 Prozent bekommen. In Sachsen-Anhalt könnte die AfD im schlimmsten Fall sogar mitregieren. Diese Entwicklung ist gefährlich für die Demokratie und darf nicht ignoriert werden.

Die AWO hat eine klare Geschichte gegen rechte Ideen. Deshalb sehen wir uns im Jugendwerk der AWO in der Pflicht, uns klar gegen diese Entwicklungen zu stellen. Zudem ist es wichtig, dass die Jugendwerkwerte erhalten bleiben.

Schon jetzt gibt es an vielen Orten mehr rechtsextreme Jugendgruppen. Sie versuchen, junge Menschen zu erreichen, zum Beispiel über Freizeitangebote, Musik oder soziale Medien. Auch in Schulen wollen sie mehr Einfluss bekommen.

Das ist keine ferne Gefahr. Es gibt schon echte Gewalt. Zum Beispiel gab es Angriffe auf Jugendclubs und Jugendverbände. Auch Projekte wurden angegriffen oder beschädigt. Diese Angriffe zeigen, dass die Gewaltbereitschaft hoch ist. Sie richten sich direkt gegen Jugendverbände und ihre Mitglieder, die wichtig für unsere Demokratie sind.

Außerdem versuchen rechte Gruppen, Angst zu machen und unsere Arbeit schlecht darzustellen. Sie behaupten zum Beispiel, wir dürften nicht politisch sein. Das

78 stimmt so nicht. Gleichzeitig nehmen Bedrohungen zu. Ehrenamtliche werden
79 verfolgt oder bedroht. Manche Jugendliche berichten von Angst und
80 Einschüchterung. Das zeigt: Engagement für die Gesellschaft ist nicht überall
81 sicher.

82 Vor allem junge Menschen aus benachteiligten Gruppen sind besonders betroffen.
83 Es droht durch den Rechtsdruck, dass Menschen in Gefahr geraten und
84 Einrichtungen schließen müssen.

85 Auch andere Probleme spielen eine Rolle. Viele Menschen haben weniger Vertrauen
86 daran, dass sie durch Leistung aufsteigen können. Es gibt wirtschaftliche
87 Krisen, soziale Ungleichheit und antidemokratische Ideen. All das beeinflusst
88 das Leben junger Menschen. Deshalb brauchen wir gute und durchdachte Lösungen.

89 Gerade jetzt ist es wichtig, zusammenzuhalten. Wir müssen Netzwerke stärken,
90 Menschen schützen und gemeinsam Wege finden, mit diesen Herausforderungen
91 umzugehen. Es ist wichtig, klar gegen rechte Ideen Stellung zu beziehen.

92 Jugendverbandsarbeit ist sehr wichtig. Sie stärkt die Demokratie und hilft
93 jungen Menschen, sich einzubringen. Wir wollen weiter dafür sorgen, dass junge
94 Menschen Vertrauen in die Demokratie haben und merken, dass sie etwas bewirken
95 können. Unsere Arbeit ist sehr wertvoll für die Zukunft und darf nicht in Frage
96 gestellt werden.

PDF Anhang

Antrag

Bundesjugendwerkskonferenz 2026

Initiator*innen:

Vorstand Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt e.V.
Vorstand Landesjugendwerk der AWO Sachsen
Vorstand Landesjugendwerk der AWO Mecklenburg-Vorpommern
Vorstand Bezirksjugendwerk der AWO Hannover e.V.

Titel: Die extreme Rechte im Blick behalten – Wissen aufbauen und handlungssicher für Demokratie und die Werte des Jugendwerkes eintreten

Antragstext:

Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:

Das Bundesjugendwerk der AWO setzt sich zusammen mit seinen Untergliederungen ab sofort systematisch und kontinuierlich mit den Aktivitäten und aktuellen Entwicklungen der extremen Rechten in Deutschland auseinander, um die Jugendwerke vor Ort in ihrer Arbeit zu beraten und zu stärken.

Der Vorstand und die Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes werden beauftragt, das Thema „Die extreme Rechte im Blick behalten – Wissen aufbauen und handlungssicher für Demokratie und die Werte des Jugendwerkes eintreten“ in den nächsten Jahren als Querschnittsthema in die Arbeit des Bundesjugendwerkes zu integrieren und dazu insbesondere die folgenden Punkte umzusetzen:

1. Aufbau eines Informations- und Wissenspools

Das Bundesjugendwerk baut einen Informations- und Wissenspool zu Hintergründen, Entwicklungen und Akteur*innen, aber auch zum Umgang mit der extremen Rechten auf. Dabei werden bestehende Angebote an Publikationen und sonstigen Materialien von bewährten Kooperationspartner*innen genutzt und gebündelt. Im Fokus sollen dabei Informationen, Publikationen, Best-Practice-Beispiele oder auch Erfahrungsdokumentationen stehen, die jugendpolitisch relevant sind und die pädagogische/ verbandliche Arbeit der Mitglieder unterstützen können. Beschlüsse und Verfahrensbeispiele aus anderen Jugendverbänden, Jugendringen oder progressiven Akteur*innen sind dabei ebenso zu berücksichtigen.

2. Monitoring von landes- und bundespolitischen Entwicklungen

Das Bundesjugendwerk sammelt durch Recherche- und Analysearbeit Informationen zu Anfeindungen von Jugendverbänden, Trägern der Jugendhilfe sowie anderen progressiven Akteur*innen und ihrer Angebote durch Parteien oder Mandatsträger*innen der extremen Rechten auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene. Dabei sollen insbesondere Anträge auf finanzielle Kürzungen oder

Streichungen im Fokus stehen. Die Ergebnisse werden dokumentiert. Der Vorstand berät über geeignete Unterstützungsangebote für betroffene Untergliederungen, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen.

3. Aufbau eines Austausch- und Beratungsangebots für die Mitgliedsorganisationen

Das Bundesjugendwerk entwickelt geeignete Austausch- und Beratungsangebote für ihre Untergliederungen, um bei Vorfällen von Anfeindungen oder erhöhten Aktivitäten von Gruppen der extremen Rechten in ihrem Wirkungsbereich, Unterstützung anbieten zu können. Dabei werden auch Verfahren der Verweisberatung genutzt. Außerdem wird das Themenfeld in Fort- und Weiterbildungsangebote aufgenommen.

4. Bildungsarbeit im Jugendwerk stärken und bündeln

Das Bundesjugendwerk der AWO schafft zeitnah einen Austauschpool, in dem schon vorhandene Konzepte und Materialien von Jugendwerken und/oder deren Kooperationspartner*innen

- für Workshops zur politischen Bildung und Demokratieförderung,
- zur Gedenkstättenpädagogik und Gedenkstättenfahrten,
- zur Antirassismuserbeit,
- für Partizipationsprozesse,
- für Planspiele
- zur rassismuskritischen und diskriminierungsfreien Bildungsarbeit
- zu U-18 Wahlen

gesammelt werden und auf den alle Jugendwerke vor Ort Zugriff erhalten.

Der Vorstand und die Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes nutzen die vorhandenen oder entwickeln ggf. neue Veranstaltungen, um einen aktiven Austausch zu allen genannten Punkten für alle Ehren- und Hauptamtlichen im Jugendwerk zu organisieren, die Themen und Bildungsangebote weiterzuentwickeln, sowie um die Untergliederungen regelmäßig aktiv zu informieren.

Begründung:

In den vergangenen Jahren haben rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen zunehmend auch bei jungen Menschen Anklang gefunden. Nicht nur in Ostdeutschland, auch bei den Landtagswahlen im März 2026 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erreichte die AfD fast 20 Prozent der Stimmen unter den 16- bis 24-Jährigen. Neben den Gewinnen in ostdeutschen Bundesländern hat sich auch bundesweit das Ergebnis der AfD in nur fünf Jahren verdoppelt.

Eine Mehrheit der jungen Menschen wählt demokratisch. Trotzdem wurde in vielen Regionen die AfD die stärkste Kraft in dieser Wahl. Darüber hinaus drohen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt bei den Landtagswahlen im September 2026 Wahlergebnisse von weit über 30 Prozent für die AfD, in Sachsen-Anhalt kann die AfD im schlechtesten Fall sogar die Regierung bilden oder an dieser Beteiligt werden. Diese Zahlen dürfen im Sinne der Demokratie nicht ignoriert werden, da der Rechtsdruck steigt.

Gerade vor dem Hintergrund der Geschichte der AWO sehen wir uns als aktive im Jugendwerk der AWO verpflichtet, den rechten Tendenzen entschieden entgegen zu treten.

Schon jetzt sind an vielen Orten wachsende Strukturen rechtspopulistischer und rechtsextremer Jugendgruppen und -cliquen zu beobachten, die versuchen, durch Freizeitangebote, Musik oder soziale Medien Anschluss an jugendliche Lebenswelten zu gewinnen und den schulischen Raum zu dominieren.

Dies sind keine abstrakten Entwicklungen oder Gefahren, stattdessen manifestiert sich schon längst in Form von offener Gewalt gegen und konkreten Angriffen auf Strukturen der Jugend(verbands)arbeit. Angriffe auf Jugendclubs der Falken in NRW und Brandenburg, Übergriffe auf kirchliche Jugendverbände wie zuletzt die KJG in Essen oder der Brandanschlag auf das Projekt "soliRADisch" in Magdeburg des Landesjugendwerks der AWO Sachsen-Anhalt sind nur Beispiele und zeigen eine dramatische Gewaltbereitschaft. Diese Angriffe richten sich unmittelbar gegen Jugendverbände und Landesjugendringe sowie ihre Mitglieder, die ein Fundament unserer demokratischen Gesellschaft bilden.

Hinzu kommen Verunsicherungsstrategien von extrem rechts, die unsere Arbeit als Jugendverband diffamieren und unter Druck setzen. Der Mythos „Neutralitätsgebot“ für die Zivilgesellschaft wird oft als Verunsicherungsstrategie genutzt, um Jugendverbandsarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement zu diskreditieren. Aber auch physische Bedrohungen vor allem aus rechtsextremen Kreisen gegen Ehrenamtliche nehmen zu. Aktive werden auf dem Nachhauseweg verfolgt, Jugendliche berichten von direkten Drohungen und Situationen körperlicher Einschüchterung. Diese Erfahrungen verdeutlichen, dass zivilgesellschaftliches Engagement für junge Menschen längst nicht überall gefahrlos möglich ist. Gerade junge Menschen insbesondere aus marginalisierten Gruppen in besonderer Weise von den Bedrohungen betroffen.

Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftskrisen, dem schwindenden Vertrauen in die Erzählung des „Aufstiegs durch Leistung“, antidemokratischen Strömungen und sozialer Ungleichheit werden sichtbar. Diese Faktoren formen die Lebenswelt junger Menschen. Diese komplexe Situation verlangt nach differenzierten Lösungsansätzen.

In Zeiten zunehmender Bedrohungen durch Rechtsextremismus und autoritäre Parteien ist die Stärkung stabiler Netzwerke, der Schutz von Ehren- und Hauptamtlichen, die gemeinsame Suche nach Resilienzstrategien sowie eine sichtbare und aktive Haltung gegen rechts, notwendiger denn je.

Jugendverbandsarbeit ist kein „Nice-to-have“, sondern eine tragende Säule demokratischer Resilienz und gesellschaftlicher Teilhabe. Wir wollen auch weiterhin dazu beitragen, dass junge Menschen Vertrauen in demokratische Prozesse entwickeln und sich als wirksam erleben. Unsere Arbeit ist von unschätzbarem Wert für die Gegenwart und Zukunft unserer Demokratie und darf nicht zur Disposition stehen.